

## «Dann musst du zu den Grünen»

Von Daniel Friedli und Iwan Städler.

**Heute beraten die Delegierten der FDP Schweiz in Zürich über die Kernpunkte im Papier zur Ausländerpolitik. Claude Ruey und Philipp Müller sitzen beide für die FDP im Nationalrat – doch bei diesem Thema streiten sie heftig.**



Im Wortgefecht auf der TA-Redaktion: Claude Ruey (links) und Philipp Müller.

Bild: Dominique Meienberg

**Herr Ruey, Sie werden an der heutigen FDP-Delegiertenversammlung gegen das Migrationspapier der Parteileitung opponieren. Warum?**

Ruey: Es geht uns vor allem um den Ton des Papiers. Es ist völlig legitim, über Probleme im Migrationsbereich zu sprechen. Dieses Papier ist aber sehr unausgewogen. Es klammert den positiven Beitrag der Ausländer aus, thematisiert nur Probleme und behandelt die Ausländer als Last und Verdächtige.

## **Ihr Papier, Herr Müller, wurde parteiintern als «ethisch verwerflich» kritisiert. Ein harter Vorwurf.**

Müller: Ich weise diesen Vorwurf zurück. Wir anerkennen, was die Ausländer unserem Land bringen. Aber es ist das legitime Recht jedes Staates, die Einwanderung in seinem Interesse zu steuern – unter Einhaltung der Menschenrechte. Wir müssen einfach sehen, dass wir mittlerweile jährlich ein Bevölkerungswachstum von 80'000 bis 100'000 Menschen haben. Auf die Dauer wird das zum Problem. Wir sind punkto Infrastruktur schon heute am Limit. Jetzt gilt es zu überlegen, wie wir mit diesem Problem umgehen. Da müssen wir bei der Migration von ausserhalb der EU ansetzen. Letztes Jahr kamen 44'000 Menschen auf diesem Weg in die Schweiz, der weitaus grösste Teil via Familiennachzug oder weil das Bundesamt für Migration die Gesetze gar nicht mehr vollziehen kann. So gehts nicht weiter.

Ruey: Natürlich kommen Leute, aber sie helfen uns, das Land zu entwickeln. Es gibt keine Ausländerinvasion, die es um jeden Preis zu stoppen gälte. In Nyon lebten bei meiner Geburt 1949 rund 5000 Leute. Heute sind es fast 20'000, und die Stadt hat ein bemerkenswertes Wachstum. Wir haben den Eindruck, dass man nun im Zuge der deutschen Einwanderung in Zürich plötzlich Angst vor Konkurrenz hat.

Müller: Es streitet doch niemand ab, dass die Schweiz von der Zuwanderung auch profitiert. Wir kämpfen ja für die **Personenfreizügigkeit**. Gerade deswegen müssen wir aufpassen: Wenn wir weiterhin derart hohe Zuwachsraten haben, wird das Volk bei einer nächsten Abstimmung zur Personenfreizügigkeit irgendwann einmal Nein sagen.

### **Wo wollen Sie denn ansetzen?**

Müller: Aus den Nicht-EU-Staaten kommen über 90 Prozent der Einwanderer nicht als Arbeitskräfte. Wir schlagen daher vor, dass Niedergelassene ihre Familie nur noch nachziehen dürfen, wenn sie ihr eine Wohnung und ein Auskommen bieten können. Es ist doch nicht einsichtig, dass Leute kommen, für die von Anfang an die Sozialhilfe sorgen muss.

### **Was stört Sie an diesem Prinzip, Herr Ruey?**

Ruey: Der Ansatz: Wieso sollen für Angehörige aus Drittstaaten andere Regeln gelten als für EU-Bürger?

Müller: Möchtest du denn die Personenfreizügigkeit für die ganze Welt?

Ruey: Im Prinzip ja . . .

Müller: Dann musst du zu den Grünen.

Ruey: Lass es mich doch erklären. Das Prinzip des freien Personenverkehrs ist uralte und aus liberaler Sicht richtig. Natürlich gibt es aus praktischen Gründen Grenzen, darum haben wir ja höhere Hürden bei Drittstaaten. Aber jemand ist doch nicht weniger gut oder erwünscht, nur weil er aus einem Drittstaat kommt und nicht aus der EU.

Müller: Das ist nicht die Frage. Sondern, ob er auch dann seine Familie in die Schweiz holen darf, wenn er sie nicht einmal unterhalten kann und keine Wohnung für sie hat.

Ruey: Die Familien stehen eben nicht nur im Zentrum, wenn vermisste Zwillinge Schlagzeilen machen. Darum sollten auch Ausländer, die in der Schweiz leben, ihre Familien mitnehmen dürfen.

Müller: Auch wenn sie selber keinen Job haben und sozialhilfeabhängig sind?

Ruey: Wenn sie legal in der Schweiz sind und eine Arbeitsbewilligung besitzen: Ja. Ich will auch keinen Arbeitslosen-Tourismus. Aber das Recht eines legal Anwesenden, seine Familie nach einer gewissen Frist nachzuholen, dünkt mich aus ethischer Sicht das Mindeste. Wenn es Missbräuche gibt – bekämpfen wir diese! Bestrafen wir aber nicht alle Ausländer und Flüchtlinge!

Müller: Das tun wir doch gar nicht. Wir möchten lediglich die Einwanderung in unser Sozialsystem verhindern. Es geht ja nur um jene Fälle, die von der öffentlichen Hand leben. Und darum, dass im Rahmen des Familiennachzugs nicht mehr Leute unter dem Status eines Flüchtlings kommen, obwohl sie aus einem sicheren Staat in die Schweiz einwandern.

### **Ist es für die FDP nicht ein Eigentor, auf die Ausländerthematik aufzuspringen?**

Ruey: Seit Jahren redet man in der Schweiz nur noch von Missbrauch und übertreibt dabei massiv. Das macht die Bevölkerung glauben, der Missbrauch sei die Regel, dabei ist er die Ausnahme. Aber es gibt Brandstifter in diesem Land – nicht du, Philipp. Wir sollten bloss aufpassen, dass wir nicht Öl in dieses Feuer giessen, sondern den Leuten sagen: Ja, es gibt Probleme, aber die Ausländer sind für uns auch sehr positiv.

Müller: Ich habe das Gefühl, wir sprechen nicht vom selben Papier. Es geht doch nicht um Missbrauch. Wir werfen niemandem vor, dass er seine Familie ins Land holt, wenn er vom Gesetz her das Recht dazu hat. Das ist nicht Missbrauch, sondern Gebrauch. Diesen möchten wir dort steuern, wo wir ihn steuern können.

### **Spielen Sie damit nicht das Spiel der SVP?**

Müller: Nach dieser Logik dürften wir keine Familienpolitik machen, weil dies die CVP macht. Wir dürften auch keine Sozialpolitik machen, weil dies die SP macht. Und wir dürften keine Umweltpolitik machen, weil dies die Grünen machen. Das kann es doch nicht sein. Als Volkspartei haben wir uns nebst unseren Kernthemen auch den Problemen anzunehmen, welche die Bevölkerung beschäftigt.

Ruey: Selbstverständlich soll die FDP über Ausländerfragen diskutieren. Indem man aber die Angst vor den Ausländern nährt, macht man sich – ohne es zu wollen – zu Alliierten der Brandstifter. Der FDP hilft dies nicht. Im Gegenteil. Die Leute ziehen das Original der Kopie vor. Und unter jenen, die mit dieser Politik nicht einverstanden sind, gibt es nicht wenige, die sich nun einen Austritt aus der FDP überlegen. Ich habe viele solche Briefe erhalten.

Müller: Auch ich erhalte Briefe und E-Mails. Und die sagen: Endlich macht die FDP einmal etwas. Seit vielen Jahren rangiert die Migrationsfrage im Sorgenbarometer weit oben. Es ist daher unsere Pflicht, dieses Thema zu bearbeiten und einen Vorschlag zu machen. Dieser ist fundamental anders als jener der SVP. Wir werden uns an der Delegiertenversammlung mit Stil darüber streiten und dann entscheiden.

### **Und wer verliert, wird schweigen?**

Müller: Das ist so.

### **Sie auch, Herr Ruey?**

Ruey: Nein. Christa Markwalder ist ja nun auch nicht gegen den EU-Beitritt. Man kann die Leute in einer liberalen Partei nicht zu einer Meinung zwingen.

### **Klafft in der Migrationsfrage ein Röstigraben?**

Ruey: Nicht nur. Aber es gibt andere Empfindlichkeiten. In der Romandie leben mehr Ausländer als in der Deutschschweiz. Das ist wohl der Grund, weshalb wir keine Angst mehr haben.

Müller: Ich lebe in einer Gemeinde mit 26 Prozent Ausländeranteil.

Ruey: Bei mir sind es 40 Prozent. Und die Analyse der Abstimmungsergebnisse zeigt: Je höher der Anteil der Ausländer in einem Kanton, desto kleiner ist der Widerstand gegen sie.

Müller: Ich erhalte aber auch Reaktionen aus der Romandie, die sich hinter unser Papier stellen.

### **Ist es denn für die Gegner des Papiers ein Nachteil, dass die Delegiertenversammlung in Zürich stattfindet?**

Ruey: Klar. Das spielt immer eine Rolle. Das sah man auch, als sich die SP in Lausanne für die Abschaffung der Armee aussprach.

### **Sie gehen also davon aus, dass Sie verlieren werden?**

Ruey: Ja.

Müller: Wenn einem etwas wichtig ist, reist man auch an eine Versammlung, die etwas weiter weg stattfindet.

### **Schadet diese Auseinandersetzung zu Beginn des Wahljahres der FDP? Kommt es jetzt zu einer Zerreissprobe?**

Müller: Nein, das ist doch keine Zerreissprobe. Sie haben nun ja gesehen, wie gut wir miteinander diskutieren können. Die Freisinnigen haben gelernt, hart, aber fair zu ringen und dann zu entscheiden. Das wird auch jetzt so sein, darauf bin ich stolz.

Ruey: Ja, so ist die Demokratie. Ich bedaure deine Positionen, Philipp. Aber ich kann dir nicht verbieten, sie zu vertreten. Das wäre nicht liberal.